

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
 ♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3900.

Nr. 65

Freitag, den 17. März 1922

13. Jahrgang

Kapitalistischer Wucher und agrarische Steuerföhen.

Die Zwangswirtschaft während des Krieges war gewiß kein idealer Zustand. Eines hat sie aber in gewissen Grenzen doch erreicht, nämlich eine Auswucherung des Volkes durch Produzenten und Händler zu verhindern. Wenn die Belieferung der Konsumenten durch die Zwangswirtschaft allmählich immer geringer wurde, so deshalb, weil die Übertretungen der Wirtschaftsverordnungen durch die Agrarier und Großhändler vom Staat sehr nachsichtig behandelt wurden. Händler und Produzenten aber erhoben in der Doffentlichkeit der Ruf nach der „freien Wirtschaft“, und in Gemeinschaft mit allen bürgerlichen Parteien wurde uns erzählt, daß sich die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt sofort bessern würden, sobald das freie Spiel der Kräfte wieder eingeführt sei. Der alte „reelle Kaufmann“ sei selbst ein Feind jeden Wuchers und seine ungehinderte Wirksamkeit würde zur Befundung auf dem Wirtschaftsmarkt beitragen. Nun haben wir seit einigen Jahren die „freie Wirtschaft“. Die Folgen dieser Wirtschaft bekommt die große Masse des Volkes täglich zu spüren. Die Preise sind ins Ungeheure gestiegen, so daß unzählige Familien heute nicht einmal das Sattessen haben. Der „reelle Kaufmann“ aber schwimmt heute in Millionenverdiensten. In welcher schamloser Weise die Auswucherung des Volkes betrieben wird, wurde gestern im Volkstag bei der Verhandlung über die Fischverforgung Danzigs unserer Bevölkerung vor Augen geführt. Die wenigen Großhändler, die heute sämtliche Fische im Freistaat aufkaufen, um sie nach Warschau und Berlin zu verschleppen, gehören nach Meinung der bürgerlichen Parteien durchaus nicht zu den Wucherern und Schiebern, sondern sind „reelle“ Kaufleute. Ihre Reellität hindert sie aber nicht im geringsten, den Danziger Fischmarkt zu entblößen und so die Nahrungsvorgen der Danziger Bevölkerung noch zu vergrößern, wenn sie bei der Ausfuhr der Fische Millionen verdienen können. Auch hier zeigt sich wieder, daß die Lösung der bürgerlichen Parteien vom „freien Spiel der Kräfte“ nur dazu führt, daß einige Kapitalisten sich in schamloser Weise auf Kosten der Massen bereichern. Was aber nützt es, wenn einzelne Hausfrauen der bürgerlichen Parteien sich dann hinterstellen und Maßnahmen gegen diesen Wucher verlangen, der gerade von ihren Parteigrößen mit gefördert wird, weil er nur ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist? Dieser Wucher wird nur dann völlig beseitigt werden, wenn die Profitwirtschaft überhaupt abgeschafft wird. Von einer Regierung aber, deren Mitglieder selbst Großhändler sind, sind wirksame Maßnahmen gegen den Wucher kaum zu verlangen. Das sollten auch die Frauen einsehen, die über die heutigen Verhältnisse schimpfen. Sie selbst haben durch die Wahl der bürgerlichen Parteien diese Verhältnisse mitverschuldet.

Schon seit jeher gingen die Sucht nach kapitalistischer Bereicherung und die Scheu vor wirksamen Kapitalsteuern Hand in Hand. Die Deutschnationalen haben wieder einmal bewiesen, daß die Steuerföhen der Agrarier nicht zu übertreffen ist. Wengleich sie sich dabei auf ihren Nationalhelden Bismarck berufen, der sich als Schnapsbrenner darüber freute, daß er den Staat, an dessen Spitze er stand, um einige Hunderttausend Mark Steuern betrogen hatte, so ist das aber noch keine Entschuldigung für das Verhalten der Agrarier in einer Zeit, wo die Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Steuern bis zum Weißbluten geschöpft werden. Im Volkstag steht in diesen Tagen ein Gesetzentwurf über die U m s a t z s t e u e r n zur Beratung. Die Konsumentkreise werden durch diese Steuer aufs schwerste belastet, um so gerechtfertigter wäre es gewesen, daß auch die Agrarier zu dieser Steuer herangezogen würden, indem auch der Eigenverbrauch besteuert wird. Aber hatten die Deutschnationalen sich ohne weiteres für die schwerste Besteuerung der Konsumenten erklärt, so wollten sie jedoch von einer Besteuerung der Agrarier nicht das geringste wissen. Vielleicht wird dieses Verhalten der Deutschnationalen auch dazu beitragen, daß einzelnen Kreisen die Augen über diese „Volksparlei“ geöffnet werden, die nur eine brutale Interessenvertretung der Agrarier ist.

Die Beseitigung all dieser Uebelstände ist aber nicht von der besseren Einsicht der Händler und Agrarier zu erwarten, sondern nur dann möglich, wenn die freien

Massen des Volkes sich ihrer Macht bewußt werden. Alle wirtschaftlichen und politischen Fragen sind heute Machtfragen geworden.

Das unabhängige Ägypten.

Neuer meldet aus Kairo: In Übereinstimmung mit der neuen Verfassung, die Großbritannien Ägypten gewährt hat, hat der Sultan eine Bekanntmachung erlassen, wonach Ägypten ein unabhängiger souveräner Staat wird und der Sultan den Titel „König von Ägypten“ annehmen wird.

Frankreichs Furcht vor einem deutschen Ueberfall.

In der Kammerstizung ergriff zur Begründung der Heeresreform Kriegsminister Maginot das Wort. Er sagte u. a.: Gegenüber einem Volk wie dem deutschen müssen wir uns um eine Organisation bemühen, die durch den Gedanken an einen neuen Angriff begründet ist. Das Mindeste, was zu sagen ist, das ist, daß Deutschland seine Einheit gewahrt hat, daß es 60 Mill. gegenüber 40 Mill. Einwohner in Frankreich zählt. Alle die, die in Deutschland gewesen seien, sagten, die moralische Entwaffnung sei nicht durchgeführt und der Gedanke der Revanche sei nicht aufgegeben worden. Wenn Deutschland gegen den französischen Lebenswillen den Versuch machen würde, das Schicksal der Waffen herauszufordern, dann müssen die französischen Grenzen unüberschreitbar sein. Gegenüber einem Gegner wie Deutschland, der seine ganze Industrie macht noch besitzt, müsse man darauf bedacht sein, die Vorteile auszunützen, die der Krieg gebracht habe. Die deutsche Industrie werde rasch Waffen und Munition herstellen können. Deutschland habe seit dem Waffenstillstande seine Kriegsaugmentation fortgesetzt. Zum Beweise behauptete Maginot, daß man jüngst genügend Artilleriematerial für 22 Divisionen gefunden habe. Man müsse die deutschen Fabriken in die Unmöglichkeit versetzen, rasch Waffen herzustellen. Die deutsche Regierung lasse hinter dem Schwarzwald Eisenbahnlirien herstellen, um nötigenfalls alle ihre Streitkräfte auf der Nordflanke der Alliierten zu versammeln. Die Reichswehr sei trotz der schwachen Mannschaft und der schwachen Bewaffnung ein mächtiges Heer, das rasch verdoppelt werden könne. In den besetzten Grenzen des Ostens habe Deutschland genügend schwere Artillerie, um Mannschaften auszubilden. Im Jahre 1923 werde die französische Armee am Rhein und in Frankreich 420 000 Mann stark sein. Frankreich wolle nicht mehr den Bedrohungen durch ein starkes preußisches Heer ausgesetzt sein. Es sei nicht mehr das Frankreich von Sedan, sondern das Frankreich der Marne und von Versailles.

Der französische Kriegsminister spricht wie die deutschen Kriegsminister vor dem Kriege sprachen, wenn sie die neuen Rüstungen „begründeten“. Gewiß schreit der Haufen irrsinniger deutscher Nationalisten nach dem Revanchekrieg, aber die große Masse des Volkes in Deutschland will von neuem Völkermorden nichts mehr wissen. Und wenn auch wir die Reichswehr für eine heute ziemlich überflüssige Einrichtung halten, so ist es aber von Frankreich lächerlich, in der Reichswehr einen gefürchteten Gegner für Frankreichs schwer gerüstetes Heer zu sehen. Die ganzen Ausführungen des französischen Kriegsministers sind deshalb nur dazu angehtan, den Militarismus Frankreichs zu verewigen.

Neue Ententebeschwerden gegen Deutschland.

Die Ententebotschafter haben gestern der Reichsregierung eine Note überreicht, in der gegen untere Behörden Beschwerde erhoben wird, weil diese der Tätigkeit der Kontrollkommissionen Schwierigkeiten bereitet hätten. Die Note spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung eine Aenderung in dem Verhalten dieser Stellen veranlassen werde.

Ferner hatte die interalliierte Militärkontrollkommission unter dem 27. Februar in einer Note an die Reichsregierung Umorganisation der Ordnungspolizei, und zwar 1. Beschränkung der staatlichen Polizei auf den im Jahre 1918 vorhandenen gegebenen Stand, 2. Befreiung der Nachrichten- und Kraftfahrformationen, der Luftfahrtüberwachungsabteilungen und aller anderen sogenannten festen Verbände (Hundertschaften) und entsprechende Aufhebung der jetzt für einen Teil der Polizei eingeführten Kasernierung ver-

langt, und zwar bis zum 15. März. Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit den Ländern am 15. März eine Antwortnote an die Kontrollkommission gerichtet, in der der feste Wille der Regierung, an der Erfüllungspolitik festzuhalten, betont wird. Ferner ist eine Reihe von Verständigungsvorschlägen gemacht, die mehreren Forderungen der Kommission gerecht werden. Es sei zu hoffen, daß dieses Entgegenkommen bis an die Grenze des Möglichen die Entente von der loyalen Politik des Reiches überzeugt und von weiteren Forderungen abhält.

Amerikanischer Plan für Europas Befundung.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald“ hat der Bankier Otto S. Kahn in einer Rede die Streichung sämtlicher von den Alliierten an Amerika geschuldeter Summen verlangt. Als Gegenleistung hätten die Schuldnermächte die Verpflichtung zu übernehmen, alles zu tun, um dem wirtschaftlichen Notstand Europas ein Ende zu machen. Kahn betont, es handle sich für ihn nicht um eine Rücksichtnahme auf Deutschland, er spreche vom geschäftsmäßigen Gesichtspunkte über wirtschaftlich Durchführbares.

Die Konferenz der drei Internationalen.

Laut „Vorwärts“ hat die zweite Internationale vorgeschlagen, die angekündigte Sitzung der Exekutiven der drei Internationalen am 2. April in Berlin stattfinden zu lassen. In dieser Sitzung werde voraussichtlich auch die Frage der Verfolgung der russischen Sozialrevolutionäre aufgeworfen werden.

Anglo-amerikanischer Generalangriff gegen Frankreich.

Amerikas Verlangen nach Landabrüstung.

Gegenüber dem Versuch, die nordamerikanische Forderung nach Erstattung seiner Besatzungskosten aus den Einnahmen der Entente von Deutschland dadurch zu erschüttern, daß man sagt, Nordamerika hätte ja nicht an der Besatzung teilzunehmen brauchen, wird drüber betont, daß diese Beteiligung auf Verlangen der Entente erfolgt und solange ausgedehnt worden ist. Laut „Chicago Tribune“ werden außer den 241 Millionen Dollar demnächst noch 23 Millionen Dollar für die Unterhaltung der amerikanischen Truppen vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 verlangt werden.

Durch diese neue Forderung steigen die gesamten alliierten Besatzungskosten im Rheinlande bis zum 1. Mai 1922 auf rund 3 1/2 Milliarden Mark. Nach der amtlichen Aufstellung, die die Reparationskommission vor einer Woche herausgegeben hat, sind von Deutschland bis jetzt 1370 Millionen Goldmark bezahlt worden, wobei die sechs Defizitabzahlungen von je 31 Millionen einbegriffen sind. Die Summe, die Deutschland bis jetzt gezahlt hat, reicht also bei weitem nicht aus und die Hälfte der bisherigen Besatzungskosten ist noch zu bezahlen.

Das gleiche Blatt berichtet, die Vereinigten Staaten würden fortfahren, mit Nachdruck auf die Rückvergütung ihrer Besatzungskosten zu dringen. Es verlautete in alliierten Kreisen in Paris, das Abkommen der Finanzminister werde in dem Sinne revidiert, daß Amerika eine erste Zahlung von 100 Millionen Goldmark zugesprochen werden wird.

Und nach dem „Newyork Herald“ hat das Staatsdepartement mit Nachdruck erklärt, die Vereinigten Staaten würden auf Bezahlung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als eine unantastbare Schuld angesehen, die amerikanische Regierung würde ihr Ablehnung als ein ungewöhnliches Vorgehen der Alliierten betrachten.

Die „Times“ sehen in dem zweifellos berechtigten Vorgehen Nordamerikas einen Druck auf gewisse Alliierte, wie er bereits durch die Antwort auf die Einladung nach Genua begonnen worden sei — nämlich den Militärwahn abzulegen und in Genua nicht vor den Versailleserfolgen den Kopf in den Sand zu stecken. Wird doch aus Washington auch gemeldet, Harding hoffe auf eine europäische Landabrüstungskonferenz nach der von Genua.

Der Anoten schürt sich. Zur Stunde dürfte Herrn Poincaré nur noch wenig Hoffnung bleiben, das Spiel gegen Lloyd George zu gewinnen. Dieser scheint allmählich der Pariser Zusammenkunft der alliierten Finanzminister, die auf Veranlassung Frankreichs ein-

berufen wurde, eine Art Generaloffensive inszenieren zu haben, die sicher noch lange nicht zu Ende ist. Wir können uns noch auf allerlei Überraschungen gefasst machen.

Erinnern wir uns kurz der Tatsachen. In England ist man seit etwa einem Jahre von den ursprünglichen Illusionen über die Möglichkeit und Wirkung der deutschen Reparationszahlungen zurückgekommen. Erst langsam und widerstrebend, dann aber um so gründlicher. Doch der Vertrag von Versailles und der Vondoner Zahlungsplan bestanden nun einmal zu Recht. Er bindet nicht allein Deutschland, sondern auch die Alliierten gegeneinander und kann in seinen Folgen, den Zahlungen, nur provisorisch abgeändert werden, wenn eine Mehrheit der alliierten Hauptmächte dafür ist, endgültig, wenn diese einstimmig sind. Bei dieser Rechtslage ist jede Änderung um so schwieriger, als die Finanzlage aller Staaten trostlos ist und eine Entlastung Deutschlands auf den ersten Anblick gleichkommt, ganz abgesehen von den politischen Folgen. Hatte man doch bislang das Nachsehen gegen Deutschland geschürt und versprochen, dieses werde alles bezahlen.

Lloyd George hatte zunächst die Situation gegenüber Amerika bereinigt. Der drohende Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wurde beseitigt und der maritime Wettkampf zwischen diesen und England behoben. Das war das Werk von Washington.

Nun galt es, die europäischen Verhältnisse auf eine neue Basis zu stellen. Die Konferenz von Cannes sah diese Neuregelung glücklich einzuleiten, als durch die Revolte der französischen Regierungskreise Irland zum Rücktritt gezwungen wurde. Damit schien das mühsam begonnene Werk in Frage gestellt. Die Pariser Nationalisten jubelten. Und als aus London die Nachricht kam, daß in England eine innere Krise ausgebrochen sei und Lloyd George mit seinem Rücktritt drohe, glaubte man in Paris Lloyd George und mit ihm die Revision des Vertrages erledigt. Von diesem Irrtum sollten die französischen und die deutschen Nationalisten — denn diese teilten mit jenen alle Hoffnungen und Befürchtungen — bald geheilt sein. Die englische Krise wurde nach den Wünschen von Lloyd George geregelt und bei der Konferenz von Genoa blieb es, so wie sie in Cannes beschlossen worden war.

Inzwischen sollten die alliierten Finanzminister die in Cannes unerledigt gebliebenen Fragen, hauptsächlich das deutsche Moratorium, endgültig regeln. Hier versuchte der französische Finanzminister, die seither getroffenen Abkommen wieder in Frage zu stellen, fiel aber damit gründlich ab. Witten hinein platzte wie eine Bombe die Absage Amerikas. Erst freuten sich die Franzosen, hielten sie doch damit die ihnen unbequeme Konferenz von Genoa abgetan. Als sie aber hinterher die Begründung erfuhren, machten sie lange Gesichter. Denn Hughes sagt ziemlich deutlich, daß Amerika nichts für die Alliierten tun werde, solange diese ihre Reparationspolitik nicht revidieren. Gleich darauf kam die zweite Bombe, die die ganze mühselige Verteilung der deutschen Zahlungen über den Ozean warf: Amerika, statt zu geben, fordert 1200 Millionen Befahrungskosten. Die Polnarkisten waren davon noch betäubt, als Horne, der englische Finanzminister, eine neue Bombe warf: die Zweiteilung der deutschen Schuld. Der eine Teil würde gleich der Summe sein, die die Alliierten Amerika schulden = 48 Milliarden Goldmark, plus den Anteil Englands an die deutschen Zahlungen = 30 Milliarden. Diese 78 Milliarden würden von Deutschland nur

eingefordert, wenn Amerika verlangt, bezahlt zu werden. Die restlichen 60 Milliarden sollen durch eine internationale Anleihe flüssig gemacht werden.

Was können die Franzosen dagegen einwenden? Der „Tempo“ selbst rechnete vorige Woche aus, daß von 114 Milliarden Goldmark deutscher Zahlungen bisher nur 2900 Millionen den Reparationen zugute kamen! — England hat noch lange nicht sein letztes Wort gesprochen. Wir stehen erst am Anfang der anglo-amerikanischen Generaloffensive. Die englischen Tanks kommen noch. Das sind die 30 Milliarden, die die Alliierten ihm schulden. Das wird für Polnarcé-Pellessier eine bittere Stunde sein.

Gewerkschaftliche Beamtenzentrale.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam für die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften, die neben Arbeitern und Angestellten auch Beamte organisieren, eine Gewerkschaftliche Beamtenzentrale mit dem Sitz in Berlin errichtet. In Uebereinstimmung mit den in Betracht kommenden Verbänden sind für diese Beamtenzentrale besondere Satzungen aufgestellt worden, aus denen Zweck und Aufgaben der Zentrale ersichtlich sind.

Als Zweck ist in § 1 die gemeinsame Vertretung allgemeiner Beamteninteressen und die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den Beamten angegeben. Die Schaffung der Beamtenzentrale beruht auf den Beschlüssen der Dezembertagung des Bundesauschusses, wonach dieser die Absicht billigt, daß die dem ADGB und dem Afa-Bund angehörenden Verbände, die Beamte organisieren, besondere Abteilungen bzw. Reichsaktionen für ihre Beamtenmitglieder errichten.

Die KPD spaltet sich.

Von der Sozialdemokratischen Partei spaltete sich vor sechs Jahren die USP ab, von dieser spaltete sich der Spartakusbund, der sich in die KPD verandelte und in Halle die USP abermals spaltete. Aus der KPD und den nach links fallenden Trümmern der USP wurde die BKPD (Vereinte Kommunistenpartei) gebildet, die sich nach einem Jahre abermals spaltete in die KPD und die KAG (Reviten). Jetzt spaltet sich die KAG, ein Teil will zu der USP, ein Teil zur KPD zurück.

Inzwischen hatte sich links von der KPD eine KAPD (Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands) gebildet. Auch diese ist nunmehr in den Spaltprozess eingetreten. Am 5. und 6. März tagte der Zentralausschuss dieser Gruppe, wobei es zum Kampf zwischen der Zentrale und der Berliner Organisation kam. Der Zentralausschuss „siegte“ mit den Stimmen von Kiel, Dresden und Stettin, die, wie die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ verrät, zusammen noch keine 200 Mitglieder haben. Die Berliner rächten sich dafür, indem sie die Anhänger der „Bonzen“ vom Zentralausschuss, die sie zartfühlend auch als „Revolutionsschieber“ bezeichnen, aus ihrer Organisation ausschlossen. Auch in Frankfurt a. M. sind Ausschüsse erfolgt. Es gibt also jetzt zwei KAPD, von denen jede die Anhänger der anderen hinausjagt.

Das Ganze ist gewiß nur das Kinderspiel eines kleinen Grüppchens. Ein Satyrspiel nach der Tragödie. Aber wird nicht auch an ihm der heulende Wahnsinn, die Schande, das Elend der ganzen Spaltungskreierei offenbar? Alle diese Gruppen und Grüppchen, die wie die Infusorien im Wassertropfen herumschwirren, so daß man sie nur noch durch das

Mikroskop sehen kann, haben das allein richtige Rezept gefunden, die Arbeiter vom Kapitalismus zu befreien. Es gibt kein Ende, solange nicht jeder Proletarier für sich selber seine eigene Partei bildet oder solange nicht die Arbeiterklasse mit diesem ganzen Schwirbel energisch Schluss macht.

Der Königsgebäude in Bayern.

Die bayerischen Reaktionäre glauben nunmehr stark genug zu sein, um ihre Karten offen ausdecken zu dürfen. Dr. Heim hat sich vor aller Öffentlichkeit einer Organisation angeschlossen, die eingeständenermaßen die Wiedereinführung des Königtums vorbereiten will. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abg. Held, veröffentlichte jüngst in seinem „Regensburger Anzeiger“ einen Artikel, der folgende beachtenswerte Ausführungen enthält: „Wir haben einen republikanischen Staatsapparat, der von Leuten bedient wird, unter denen man die völlig überzeugten Republikaner mit dem Vergrößerungsglas suchen muß; wir haben einen Landtag, dessen Mehrheit sich gewiß auf die Seite einer reformierten Monarchie stellen würde.“ Das heutige System werde wahrscheinlich an sich selbst zugrunde gehen. Darin lägen die Aussichten für die Wiedereinführung der Monarchie. Man solle nur der Zeit vertrauen und abwarten. Man müsse sich lediglich davor hüten, bei jeder Fährtenwelle die Monarchie auszurufen zu wollen.

Es ist geradezu verwunderlich, wie angesichts dieser Sachverhalte die bayerische Regierung den Mut aufbringt, im Tone der stillen Entrüstung gegen die sogenannte „Bespiegelung“ durch das Reich zu protestieren. Man hat in Bayern ein sehr schlechtes Gewissen, da man sich ja auch in der Tat mit hochverräterischen Plänen trägt. Aus diesem Grunde protestiert man gegen die Reichsaussicht, in welcher Form sie auch immer auftreten möge; deshalb klammert man sich auch geradezu verzweifelt an eine Justizhoheit und Polizeihohheit. Eben der Artikel des Herrn Held ist eine Warnung für das Reich, Bayern unter allen Umständen fest im Auge zu behalten.

Die Sühne für Wachtmeister Rüssenberg.

Die bei der Ermordung des Polizeiwachtmeisters Rüssenberg beteiligten beiden französischen Soldaten wurden von dem außerordentlichen Kriegsgericht zu vier Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem französischen Heere verurteilt. Der Witwe des Erschossenen wurden für die ersten Ausgaben, Kosten der Beisetzung usw. von dem Gleiwitzer Kreis-Kontrollleur 5000 Mark ausgezahlt. — Wie erinnerlich, verlangte und erhielt die französische Regierung für die Ermordung eines französischen Sergeanten in Berlin eine Million Goldmark.

Amerikanische Anleihe für Oesterreich.

Der Senat hat eine Resolution angenommen, nach der Oesterreich zur Bekämpfung des Hungers eine neue Anleihe von 50 Millionen Dollar gewährt werden soll, die ebenso wie der bereits gewährte Lebensmittellkredit von 50 000 Dollar in 25 Jahren zurückgezahlt wäre.

Ende des Aufstandes in Südafrika.

Einer Neuntermeldung zufolge besagt ein aus Pretoria abgegebener Communiqué, daß die Revolution im Randgebiet wirksam unterdrückt worden sei. Die Zahl der Gefangenen beträgt 600. Die Eisenbahnen haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Ich bin das Schwert!

Roman von
Annemarie von Nathusius.

(Fortsetzung.)

Wieber Türmer, auf tausend schreibende Menschen kommt noch nicht ein Künstler. Ich dachte an Gaster und meine Niedergeschlagenheit wuchs. Es kommt ja doch nur auf den Grad des Leidenskönnens und -wollens im Leben an.

Das Leiden des letzten Jahres war wie eine Sturmflut, sie hat mir alles vernichtet und zertrümmert, nur ich stehe noch, aber aller schönen Verkleidung beraubt. Je kahler es wird, je mehr ich friere, je inniger wächst in mir der Glaube an seltsame Geschehnisse, ein seltsames Glück. Eigentlich ist mein ganzer Tag ein Warten auf dieses Glück. Ich kann es mir nicht vorstellen, ich weiß nicht, worin es bestehen sollte, vielleicht wäre es der Erfolg meines Buches, das jetzt gedruckt wird. In diesem Buche glüht der Haß, er wurde zur Tat. Vielleicht reißt diese Tat mich fort zu anderen Taten. Ich weiß nicht, was kommen soll, aber eine ungeheure Spannung ist da.

Nun will ich mich dem Zauber alter Erinnerungen ergeben, den Duft alter Sagen und Gebräuche einatmen wie ein Opiumraucher das geliebte Gift.

Gehen Sie mich morgen ab an der kleinen Behausung, die sicher tief verborgen in weißen Schneemassen liegt. Vergessen Sie nicht einen Pels für mich, der meine ist nicht mehr. Ihre Stuben riechen sicherlich nach Snazintzen, Marzipan und frischen Pfefferbrotchen. Wir werden den Baum säumen und Goldhaub an den Fingerspitzen haben. Es freut mich auf alle diese Genüsse.

Ihre Renate Falkenhain.

Wieh gerührt, die Fensterläden grün gezeichnet, die große Holzveranda von Schnee verbrämt, lag das langgestreckte Herrenhaus unter Tannen im Walde. Auf der einfachen Freitreppe unter dem schlichten Wappen ihres Hauses stand eine alte Frau in feierlicher schwarzer Seide. Ihr hochgekämmtes Haar war von schwarzem Schleiher verdeckt, viele Jahre schon drückte sich die schwarze Witwenhaube in die weiße Stirn.

So empfing sie freundlich lächelnd mich, die Fremde, der sicherlich kein mütterliches Gefühl aufzog, die Fremde, die sie nicht verstand und die doch das Herz ihres geliebten Sohnes besaß.

Eine festliche Tafel erwartete uns in dem niedrigen, dunkel getäfelten Saal, der im sanften Kerzenlicht strahlte. Wie vertraut, wie heimatisch! Ein alter Diener servierte die einfachen und doch so herrlichen Speisen, denn sie waren ja Heimatkost. Später saßen wir in Gräfin Türmers grünem Salon mit der Aussicht auf die Parkwiese, die bereits im nächtlichen Dunkel lag. Ein leises Feuer brannte im Kamin, Türmer ging zum Flügel, spielte und sang: „D, fäh ich auf der Heide dort im Sturme dich, im Sturme dich.“ Seine schöne tiefe Stimme bebte vor innerer Bewegung: „Und wär ein König ich und wär die Erde mein, du wärst in meiner Krone doch der schönste Stein, der schönste Stein.“

In tiefer Bewegung saßen wir drei eine Weile stumm beisammen, alle im Bann des großen, köstlichen Gesangs.

O süßer Ton, o süßes Lied — liebliche Gabe des Freundes! Wie rührtest du mein Herz! Sahst du meine Tränen tropfen? Sie fielen wie Diamanten auf deine Hand.

Verzeih mir, wenn ich dich kränkte, vergiß, wenn ich dir wehe tat. Wie ein Licht in tiefer Nacht, so leuchtest mir das Gedanke an dein Heim im Herzen. Es strahlte wie ein sanftes Licht hinaus in die Dunkelheit und zeigt dem Wanderer den Weg.

Die Tage gleichen einander wie Perlen an einer Schnur. Ich wurde verführt zu ihrer Ruhe, es war ein Friede in ihnen, der auch die Härtesten erweicht!

Wir bereiteten das Fest, der ganze Tag war ausgefüllt mit geschäftiger Vorkrede. Wir führen nach Meitz und kamen beladen mit Paketen zurück. Die Schlittenglocken klangen so fröhlich über den hartgefrorenen Schnee. Dann beiseiterten wir allen, allen, auch den Kerkern der Armen. Das war ein Getrampel von harten Schuhen, ein Knirschen und Danken im Strahl der fernschimmernden Tannen. Und glückliche Gesichter lauschten den uralten Liedern von der Liebe des Himmels.

Dann kamen die Abende mit ihrer Stille, ihrem tiefen, ruhervollen Herzschlag, dem Weineinander am Kamin, Spiel und Gesang, und die Verschwiegenheit der Nächte, wenn du mich auf die Arme nimmst, wenn du mich an dich preisst,

als könnte ich dir entstehen, wenn du batest: „Bleibe, ach bleibe.“ Du wachtest die Zukunft zu machen, du breitest alle deine Schätze vor mir aus: „Dein Salon gleich neben dem meinen wird in jenes träumende Lila getaucht, das du so liebst!“

Und weiter erzähltest du. Dein angstvolles Herz, es flatterte in deinen Worten und Küssen. Ja, es umstrickte mich, dies zaghafte Herz, das für unser Wohl so bange war.

Der Park sollte einen Blumengürtel bekommen und der Saal ein neues Gewand. Im Gartenzimmer sollte resedafarbener Mull Wände, Türen und Polster schmücken, darin sollte ich sitzen in weißen Spitzen, mit meinen Lieblingsbüchern, alle in weichem, grauen Leder. So erzähltest du. Wir hielten uns bei der Hand und gingen über die Wiesen. Der Friede Gottes lag auf deiner kleinen Welt, die ihre Arme um mich spannte mit liebender Gewalt.

Aber nichts, mein Freund, wenn du zitternd vor Wonne mich verließest, um glücklich und traumlos zu schlafen, dann riefen mich die Stimmen der Welt. Dann tönte es wieder von ferne und näher, immer näher, das rätselvolle Lebenslied. Draußen tobte der Sturm, hart gingen harte Schritte auf der Landstraße vorbei — das Leiden meiner Schwester schluchzte im Wind und klopfte an meine Tür. Zu Tausenden schmachteten sie und elend starben sie, wurden gepferzt, einem Moloch geopfert, der ihnen verbot zu leben, der ihren Körper verkümmern, vertrocknen ließ, der sie mit Wahnsinn peitschte, oder ihre Seele vergiftete mit haßerfüllter Enthaltensamkeit.

Auf der Landstraße ging einer, der vielleicht berufen war, wieder etwas Licht in die Finsternis zu tragen, einer — ein Suchender, ein Irrender, ein Abenteurer des Geistes, ein Kämpfer, einer, dessen freier Geist auch uns die Freiheit schenkt. Er geht allein, niemandes Hand läßt ihn ein, niemandes Gruß erwärmt sein Herz. Ich kann nicht satt sein, wenn er hungert, ich kann nicht warm sein, wenn er friert. Ziele vereinen unseren Geist, Möglichkeiten warten auf dem unbekannten Wege. Er berauscht mich, dieser unbekannte Weg, er lockt mit seinen Gefahren, seiner Lebenslust.

Ach, was soll ich dir noch sagen, was alles mich trübte? Wie kann ich dir erklären, warum ich dich am Wege stehen ließ mit deiner treuer Liebe?

(Fortsetzung folgt.)

Gegen den Wucher mit Waren und Fischen.

Vollziehung des Volkstages

am Donnerstag, den 16. März 1922.

Der Antrag des Oberstaatsanwalts auf Erstellung der Genehmigung zur Strafvollstreckung an den Abgeordneten Kuhn und Schmidt wurde dem Rechtsausschuss übergeben.

Die deutsch-nationale Fraktion hätte an den Senat die große Anfrage gerichtet wegen

Verwendung der Warenkontingente

gemäß Zusatzabkommen vom 21. Dezember 1921.

Frau Abg. Knoblauch (Dmatl.), die dem Parlament von Anfang an angehört, sich bisher aber nur durch mehr oder minder geschmacklose Zwischenrufe bemerkbar machte, führte zu der großen Anfrage aus, daß das Zusatzabkommen für Kontingente der lebenswichtigsten Artikel Vollermaßigung gebracht habe. Die Bevölkerung sei aber über die Verteilung der Kontingente beunruhigt. Der Senat möge erklären, wie er Vergünstigungen dieser Kontingente der Bevölkerung zukommen lassen will.

Senator Jewelowski antwortete, daß das Zusatzabkommen nunmehr praktisch in die Erscheinung treten werde. Die Verteilung der Kontingente hat begonnen. Die Verteilung, daß die Verbraucher die Vergünstigungen der Vollermaßigungen nicht genießen, ist nicht unbedeutend. Von den zurzeit in Danzig lagernden Waren sind 90 Prozent zollfrei eingeführt worden, trotzdem sind die Preise erheblich gestiegen unter Hinweis auf die Wille. Das ist eine Ungerechtigkeit.

Der Senat hat durch Verhandlungen mit den Interessenten darauf hingewirkt, daß die Waren zu angemessenen Preisen ohne

Wuchergewinne

an die Verbraucher abgegeben werden. Ohne Wuchergesetzgebung ist es jedoch nicht möglich, die Preise niedrig zu halten. Die Besitzer der Waren begründen die Preissteigerung mit dem Sinken der Mark und rechnen aus, was ihnen die Ware heute kosten würde. Der Senat erwägt Maßnahmen um eine Preislenkung herbeizuführen. Von den Kontingentscheinen sind den

Konsumvereinen und den Gewerkschaften

größere Mengen zugeteilt worden. Es ist erwünscht, daß diese die Waren auch tatsächlich beziehen. Die Kontingentscheine haben eine Gültigkeitsdauer von 4 Wochen und werden im Falle der Nichtverwendung anderweitig vergeben.

Vom November bis zum Inkrafttreten des Zolltarifs sind große Mengen Waren aller Art nach Danzig eingeführt worden. Die Läger sind gefüllt. Wenn jetzt noch die Kontingentswaren hinzukommen, so müßte Danzig für mehrere Jahre versorgt sein. (Zuruf: Ausfuhr nach Polen!) Bei Defnung der Zollgrenzen nach Polen besteht die Gefahr, daß Danzig ausgekauft wird. Ein Verbot des Verkaufs an Fremde würde für viele Geschäftsleute eine Katastrophe bedeuten. Es muß auf die Einhaltung mäßiger Preise hingewirkt werden. Deshalb sind den Konsumvereinen und Gewerkschaften Kontingentscheine überwiesen worden. Diese haben bisher jedoch keinen Gebrauch davon gemacht. (Zuruf: Geld!) Es sind deshalb noch keine Vor schläge gemacht worden. Der Senat ist bereit, helfend einzugreifen.

Wenn eine Ueberspannung der Preise eintritt, wird der Senat eingreifen. Die bisher in dieser Hinsicht gemachten Vor schläge sind in der Praxis undurchführbar. Nur den Geschäften soll der Zoll zurückgezahlt werden, die nachweisen, daß sie die Waren mit mäßigem Gewinn abgegeben haben.

Da die Antragsteller die Besprechung der Anfrage nicht beantragten, ist die Angelegenheit erledigt.

Die Danziger Bevölkerung ohne Fische.

Abg. Gen. Kłobowski und die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Volkstagsfraktion hatten folgende große Anfrage an den Senat gerichtet.

Ist dem Senat bekannt, daß die Versorgung der Danziger Bevölkerung mit Fischen aller Art dadurch in Frage gestellt wird, daß seitens der Fischereinteressenten der größte Teil aller Fänge nach dem Auslande ausgeführt wird?

Ist dem Senat ferner bekannt, daß seit einiger Zeit täglich zwei Waggons mit geräucherter Breitlinge ins Ausland versandt werden und daß infolgedessen der hiesige Fischmarkt mit diesen Fischen im frischen Zustande nicht beliefert wird und die Preise für Fische aller Art künstlich gesteigert werden?

Was gedenkt der Senat zu tun, um den Versand dieser Fische nach dem Auslande zu verhindern zwecks Sicherstellung der Fischversorgung, namentlich der ärmeren Volkskreise? Wer hat die Ausfuhrerlaubnis dazu erteilt? Welche amtliche Stelle ist die Rechtsnachfolgerin des aufgelösten Wirtschaftsamt und welche Stellung nimmt der Senat zu der Forderung der Schaffung eines Wirtschaftsamt im Sinne des Deutschen Reichswirtschaftsministeriums ein?

Abg. Gen. Kłobowski

begründete die Anfrage. Seit altersher waren Fische in Danzig ein billiges Volksernährungsmittel, denn sie waren billiger als Fleisch und Käse. Nunmehr ist auch dieses Volksernährungsmittel in fandalöser Weise verteuert worden. Seit Mitte Januar werden in der Nacht

lohnende Breitlingsfänge

gemacht, trotzdem hat die Danziger Bevölkerung nur wenige Fische erhalten. Die Fischfänge wurden von gewissenlosen Staatsbürgern ausgeführt, um möglichst viel zu verdienen. Es wurden

zwei Waggons Breitlinge nach Warschau und Berlin ausgeführt.

So planlos wird mit den Lebensmitteln des Freistaates gewirtschaftet. In den letzten beiden Jahren wurden in Danzig Breitlinge zum Preise von 1 bis 2,50 Mark reichlich angeboten und viel gekauft. Heute kommen höchstens 5-8 Kisten Breitlinge auf den Markt, gleichsam als Almosen für die Danziger Bevölkerung. Ohne die geringste Rücksichtnahme auf die Ernährungsschwierigkeiten der Danziger Bevölkerung werden die Lebensmittel ausgeführt, von Leuten, die mit ihrem Deutstum prunken.

Nachdem man den Markt von nahrhaften und gut schmeckenden einheimischen Fischen entblüßt hat, werden dann minderwertige schwedische Fische eingeführt,

gegen die eine große Abneigung besteht. Es darf nicht übersehen werden, daß der Ankauf ausländischer Fische zur Entwertung der Mark beiträgt. Diese Manipulationen zeigen die Gemütsgefährlichkeit der hiesigen Fischeinteressenten. Wie konnte die Ausfuhr von Fischen gebuldet werden? Die Bevölkerung hat kein Vertrauen zu den Behörden, und glaubt, daß diese mit den Interessenten Hand in Hand arbeiten.

Realische Ausfuhr muß verboten werden.

Solange das Wirtschaftsamt der Stadt bestand, war die Ausfuhr von Nahrungsmitteln unterbunden. Damals war ein Pfund Breitlinge für 1,50 Mark zu haben, heute werden 8 Mark verlangt. Die besseren Fische werden ebenfalls ausgeführt. Der Senat hat nun eine Verordnung erlassen, nach der 25 Prozent der gefangenen Fische auf den Danziger Markt kommen müssen. Diese Verordnung erfüllt ihren Zweck nicht, denn die 25 Prozent werden eine Preislenkung nicht herbeiführen. Solange Danzig nicht genügend Fische erhält, darf eine Ausfuhr überhaupt nicht stattfinden. Wenn bezüglich der bei Pola gefangenen Fische Schwierigkeiten entstehen, so sind die Fänge getrennt zu behandeln. Nebner forderte die Errichtung eines Wirtschaftsamt, damit solche Uebelstände beseitigt werden.

Senator Jewelowski wies die Kritik an der Außenhandelsstelle zurück. Die Verordnung sei von Sachverständigen (Zuruf: Mix und Pisk!) begutachtet worden. Zwischen Danziger und polnischen Fischen werde kein Unterschied gemacht, für die polnischen Fische beständen allerdings gewisse Verpflichtungen. Die Fischfachverständigen vertraten die Ansicht, daß 25 Prozent der Fänge den Fischbedarf Danzigs decken. Sollte das nicht ausreichen, so werde der Prozentfuß erhöht werden. Uebertretungen der Verordnung werden scharf bestraft bestraft werden.

Frau Abg. Stremme (D.P.) verlangt, daß sämtliche Breitlinge, Heringe und Pommes in Danzig bleiben. Die Preise für Fische sind viel stärker gestiegen als die Fleischpreise. Ohne Wirtschaftsamt geht es nicht. Mit der freien Wirtschaft kommen wir nicht weiter.

Abg. Frau Düll (K.) kritisiert die Wucherpreise für Fische. In den Geschäften wurden die Fische, obwohl minderwertiger, noch teurer verkauft als auf dem Fischmarkt. Der Senat möge Maßnahmen gegen diesen Wucher treffen.

Abg. Gen. Nagroski

berichtet, daß er an der Sitzung, wo die Fischverordnung beraten wurde, teilgenommen habe. Es wurde früher eine Vereinbarung getroffen, daß 20 Prozent der Fischmengen in Danzig bleiben sollen. Dann ging man auf 10 Prozent herunter. Man möge jetzt abwarten, ob die Verordnung wirkt. Tritt keine Besserung ein, sollen schärfere Maßnahmen ergriffen werden. Daß die Außenhandelsstelle unzureichend gehandelt habe, sei nicht erwiesen. Die Einfuhr von Höchstpreisen ohne Beschlagnahme sei unzulässig.

Abg. Kłobowski (U.S.P.) rügt, daß die paar Breitlinge, die auf den Markt kamen, restlos verschwanden. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Verhältnisse in der Fischversorgung unhaltbar geworden. Die Fischverordnung werde wenig nützen. Die Ausfuhr von Käse war auch verboten, trotzdem ist der Käse verhothen worden.

Abg. Kuhn (K.) erklärt, daß der Senat nicht berechtigt ist, im Verordnungswege derartige Maßnahmen zu treffen. Die Verordnung sei ungeschicklich und würde auch nicht dazu beitragen, daß die Fischpreise gesenkt werden. Nur wenn die Ausfuhr von Fischen generell verboten wird, werden genügend Fische zu angemessenen Preisen auf den Danziger Markt kommen. Für Nachs konnte eine Ausnahme zugelassen werden. Nebner warnte den Senat, die angekündigte Zuckerverordnung zu erlassen. Das sei Sache der gesetzgebenden Körperschaften.

Senator Jewelowski antwortete, daß ein allgemeines Ausfuhrverbot nicht erlassen werden könne, mit Rücksicht auf die polnischen Fische. Die vom Senat erlassenen Verordnungen seien nach dem Urteil der Juristen rechtswirksam.

Abg. Kłobowski: Der Senator Jewelowski hat sich bei seiner Fischverordnung durch Rücksichten auf die Fischgroßhändler leiten lassen. Diese haben aus der Not des Volkes Millionen verdient. Die in der bürgerlichen Presse als ein besonderes Verdienst der Firma Mix und Pisk angepöbelte Belieferung mit norwegischen Fischen ist nur ein Täuschmanöver. Wir bekommen hier nur Luxus- oder minderwertige Waren herein. Der Senat hat sich auch in der Frage der Versorgung der Danziger Bevölkerung mit Fischen wieder einmal als der Verwaltungsausschuss der herrschenden Produzentkreise gezeigt. Der Danziger Bevölkerung ist damit nicht geholfen, daß nur 25 Prozent des Fischfanges hier bleiben sollen. Der Senat hätte vor der Verordnung nicht nur mit den Fischgroßhändlern verhandeln dürfen. Diese beherrschen schon den ganzen Fischmarkt, so daß die Fischer ihre Fänge nicht mehr herbringen. Ein Skandal ist es, daß den Fischgroßhändlern noch städtische Autos zur Verfügung gestellt werden, damit sie von den Fischern die Fänge abholen, um sie ins Ausland zu verschle-

ben. In Danzig bleiben nur minderwertige Fische. Solange aber die Regierungsvertreter mit den Auswüchsern des Volkes in Kartellgesellschaften und anderen Erwerbsumnehmungen zusammenhängen, ist auf tatkräftige Maßnahmen gegen den Wucher nicht zu rechnen. Besonders sei der Senat davor gewarnt, auf die Wünsche der Hausagrarier einzugehen. Es könnte sonst doch einmal der Tag kommen, an dem die Geduld des Volkes reißt und alle Dämme durchbricht.

Senator Jewelowski erklärt, daß er sich bei der erlassenen Verordnung an frühere Verträge halten mußte. Mißstände wolle der Senat abschaffen. Auch soll versucht werden, größere Fischmengen aus Deutschland durch das Post zu beziehen. Durch Verhandlungen mit Polen sei übrigens erreicht worden, daß die Wirtschaftsgrenze für Fleisch sofort aufgehoben werde, so daß wir also im Freistaat wenigstens keinen Fleischmangel haben werden.

Abg. Gen. Nagroski stellte fest, daß Sen. Jewelowski seine Versprechungen nicht gehalten habe. Statt mit den Interessenten hätte zuerst mit dem Volkstage verhandelt werden müssen. — Die große Anfrage wurde alsdann dem Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Zur Beratung stand der Gesetzentwurf über die Erhebung von Umsatz- und Luxussteuer. Den Bericht der Kommission erhaltete der Abg. Weisk, der dabei hervorhob, daß die Kommission über den Senatsentwurf hinausgegangen sei, indem sie auch die Besteuerung des Eigenverbrauches beschloß holte.

Abg. Eppich (D.P.): Die Verwilligung dieser Steuer ist uns äußerst schwer, weil von ihr insbesondere die breiten Volksmassen betroffen werden. Sinsu nimmt, daß wir noch nicht einmal wissen, ob die Steuer überhaupt notwendig ist. Es ist tief bedauerlich, daß der Senat bisher noch keinen Haushaltsplan veröffentlicht hat. Mit dieser Nachlässigkeit muß aufgeräumt werden. Durch die Umsatzsteuer wird der Konsument mit ungefähr 6 Prozent belastet. Um so gerechtfertigter ist es, daß auch die Landwirte zu dieser Steuer herangezogen werden, indem ihr Eigenverbrauch versteuert wird. Der Nebner legte die Steuerersuchen der Agrarierkreise dar und beantragte zum Schluß, daß der Eigenverbrauch mit 3 Prozent besteuert würde, unter der Einschränkung, daß Eigenverbrauch unter 4000 Mark steuerfrei bleiben soll.

Der Abg. Kuhn beantragte hierauf Vertagung der Versammlung, da das stenographische Bureau nicht mehr aufnahmefähig sei. Die Rechte lehnte aber diesen Antrag ab. Als bei der zweiten Abstimmung das Resultat zweifelhaft erschien, wurde zur Ausschüttung geschritten und jetzt ergab sich Beschlußmehrschichtigkeit des Hauses, da nur 5 Abgeordnete den Sitzungssaal betraten. Die Sitzung wurde deshalb auf Freitag vertagt.

Danziger Nachrichten.

Urania-Abende der Volkshochschule Danzig.

Die nächsten Urania-Abende der Volkshochschule Danzig finden am 22., 23. und 24. März statt. Das Programm jeder Vorstellung umfaßt den Union-Film „Der verlorenen Schatten“ von Paul Wegener und den Ufa-Kulturfilm „Die Großen der Industrie“ mit erläutern dem Vortrag von Professor Dr. Kerner.

In dem Film „Der verlorenen Schatten“ hat das Motiv aus dem Peter Schlemihl unter Wegeners Meisterhänden ein Filmgewand angelegt, dessen es sich nicht zu schämen braucht. Wunderbare menschliche Figuren, herrliche Landschaften, prächtige Wolken- und Mondstudien sind in glänzender technischer Wiedergabe zu sehen. Es geht eine wunderbare Märchenstimmung durch diesen Film.

In dem Film „Großen der Industrie“ sieht man in klaren und schönen Aufnahmen zunächst ein Erzbergwerk, man wohnt der Förderung der Eisenerze bei, lernt den Aufbau, die Beschäftigung und Tätigkeit eines Hochofens kennen. Man erlebt das wunderbare Schauspiel eines Hochofenabstichs und verfolgt so das Hochofenwerk bis zu seiner Verwandlung in Hochofenschmelze. Durch den Film bekommt man eine lebendige Anschauung von der Großen der Industrie, d. h. dem wichtigsten Teil der modernen Technik.

Unbefugter Waffenbesitz.

Nach einer Verordnung vom 18. 1. 19 waren alle Waffen bis zu einem bestimmten Termin abzuliefern. Wer nach dieser Zeit im unbefugten Besitz einer Waffe betroffen wird, macht sich strafbar. Die Verurteilten bestrafen nun jede Person, die eine Waffe ohne Waffenschein besitzt. In einer Revisionssache wurde geltend gemacht, daß diese Auslegung der Verordnung nicht richtig sei, und das Obergericht trat dieser Auffassung bei. Nur derjenige macht sich strafbar, der im unbefugten Besitz einer Waffe „betroffen“ wird. Es möge sein, daß nur die Fassung der Verordnung fehlerhaft sei, aber das Gericht könne sie nicht ändern. In einer zweiten Revisionssache entschied der Revisionsrat anders. Er legte die Verordnung so aus, wie sie von dem Verordner sicher gemeint war. Nach dieser Meinung sollte jeder bestraft werden, der unbefugt eine Waffe besitzt. Das Wort „betroffen“ sei einem alten Kanakelstil entnommen und nicht wörtlich zu verstehen. Die Berufungsinstanz hatte sich nun mit dieser Frage zu beschäftigen. Eine Witwe H. wurde vom Schöffengericht bestraft, weil bei ihr ein Revolver gefunden wurde und sie keinen Waffenschein besaß. Sie legte Berufung ein, und das Berufungsgericht stellte sich nun auf den Boden der letzten Entscheidung des Obergerichts. Die Kammer sei der Auffassung, daß die Verordnung nicht so aufzunehmen wäre, daß jemand bei Gelegenheit des Gebrauchs der Waffe betroffen werden müsse. Der Zweck der Verordnung war, alle Waffen einzuziehen oder zu kontrollieren. Wer sich nun unbefugt im Besitz einer Waffe befindet, macht sich strafbar. Die Berufung wurde verworfen.

Zum Vorsitzenden des Schwurgerichts, das am 3. April zusammentritt, ist Landgerichtsrat Richter ernannt worden.

Aus aller Welt.

Bilderdiebstahl. Aus der Berliner Nationalgalerie sind vier Federzeichnungen von Max Klinger gestohlen worden, die zusammen einen Wert von 12000 Mark haben. Die Bilder sind zum Teil aus dem Rahmen herausgeschnitten.

Revolle eines Strafgefängnisentransportes. Bei einem 28 Köpfe zählenden Strafgefängnisentransporte von Wehlitz nach Berlin kam es im Offenbahrung zwischen Frankfurt (Oder) und Järchenwalde zu einer Revolte. Der von dem Straflager angegriffene Transportbegleiter gab in der Notwehr mehrere Schüsse ab, durch die drei Sträflinge verletzt wurden. Mit Hilfe der anderen Transportbegleiter wurde die Kutsche wiederhergestellt.

Durch Brunnengase getötet. In Mählsheim (Ruhr) erstickten bei der Untersuchung eines nichtbenutzten Brunnens der Invalide Holzkamp und Maurer Brönnhaus durch Einatmen von Brunnengasen. Der Bruder des Maurers Brönnhaus, der sich in den Schacht hinablassen wollte, um nach dem Verunglückten zu sehen, wurden ebenfalls betäubt, konnte aber noch gerettet werden.

Explosionskörper-Explosion. Der 10-jährige Heinz Groggercher in Spandau hatte in der Nahe seines Vaters Sprengkapseln gefunden, in Papier gewickelt. Im Weissen anderer Knaben schenkte er das Papier an und brachte so die Kapseln zur Explosion. Besonders schwere Verletzungen trugen die Knaben Gerhard Paz und Paul Schaplewski davon. Dem ersteren wurden die Finger der rechten Hand abgerissen, außerdem erlitt er erhebliche Augenverletzungen; dem letzteren wurde durch ein Sprengstück das rechte Auge herausgerissen.

Eine tenre Autofahrt. Vor einigen Tagen hat ein Berliner Schlächtermesser auf der Fahrt vom Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg nach Berlin, Oberstraße, in einer Kraftbrotsche ein kleines in Zeitungspapier gewickeltes Paket liegen lassen, in welchem sich 57000 Mk., bestehend aus Hundert-, Fünfundzwanzig- und Zwanzigmarkstücken, befanden.

690 000 Mark Spargelder unterschlagen. Ein ungetreuer Sparkassensbuchhalter, der viele kleine Sparer um ihre Ersparnisse betrogen hatte, kam vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 in Berlin mit einer sehr milden Strafe davon. Angeklagt wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, Unterschlagung und Betruges war der Sparkassensbuchhalter Gustav Müdrich. Der Angeklagte war bei der Sparkasse des Kreises Teltow angeestellt gewesen und hat es hier unter Mißbrauch des in ihn gesetzten großen Vertrauens und unter Ausnutzung einer mangelnden Kontrolle verstanden, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Summe von 690 000 Mk. zu unterschlagen. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von 8 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Die Helfershelfer des Ein- und Ausbrechers Peterßen. Die Untersuchung des Fluchtversuchs des Ein- und Ausbrechers Peterßen sowie der Anfang Januar erfolgten Flucht von vier anderen Zuchthäuslern aus dem Fußbütteler Gefängnis hat ergeben, daß ein Ordnungspolizist den Plan zur Flucht mit dem Führer der vier Zuchthäusler besprochen hatte. Die Verbrecher sind inzwischen in Forst in der Kaufisch wieder ergriffen worden. Den Fluchtversuch Peterßen sollen zwei Hamburger Rechtsanwältinnen ermöglicht haben, denen nachgewiesen wurde, daß sie einen regelrechten Kurierdienst zwischen Peterßen und den noch auf freiem Fuß befindlichen Mitgliedern der mehr als 100 Mann starken Peterßen'schen Einbrecherbande durchgeföhrt hatten. Die beiden Rechtsanwältinnen wurden verhaftet. Von der Bande Peterßen befinden sich bereits 24 Mitglieder in Haft.

Das größte Rettungsboot der Welt. Aus London wird gemeldet: Das größte Rettungsboot der Welt, das gegen die Gefahr des Sinkens völlig sicher sein soll, wurde vom britischen nationalen Rettungsinstitut hergestellt. Das Boot, das 60 Fuß lang ist, faßt 150 Passagiere und hat einen Aktionsradius von 100 Meilen.

Verammlungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein:**
- 1. Bezirk (Neufahrwasser). Freitag, den 17. März, abds. 7 Uhr, bei Lengis, Albrechtstraße, Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Lichtbildervortrag: Sozialismus in der Karikatur. 2. Bezirksangelegenheiten. Gäste können eingeföhrt werden.
 - 18. Bezirk (Baunatal-Schellmühl). Am Sonntag, den 19. März, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im „Baunataler Hof“ in Baunatal eine Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bezirksangelegenheiten.
- Jungsozialistengruppe.**
- Heute abend 7 Uhr Versammlung im Parteibureau, 4. Damm 7. Ref. Genosse Massow: „Die politischen Parteien“. Anschließend Aussprache. Gäste willkommen.
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter:**
- Sonabend, den 18. März, nachmittags 4 Uhr: Vorstandssitzung im Ortsbureau.
 - Sonntag, den 19. März, vormittags 10 Uhr: Betriebsversammlung (Telegraphenarbeiter) bei Müller, Niedere Seigen Nr. 8. Lohnfragen.
 - Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Schmidke, Schillingstraße 6. Lohnfragen.
 - Donnerstag, den 23. März, nachmittags 8 Uhr: Betriebsversammlung Fuhrpark Altschotland im Restaurant „Zur Erholung“.
 - Freitag, den 24. März, nachmittags 2 Uhr: Betriebsversammlung Fuhrpark Langfuhr im Speiseraum.
 - Freitag, den 24. März, nachmittags 8 1/2 Uhr: Betriebsversammlung Wasserwerkarbeiter bei Müller, Niedere Seigen Nr. 8.
- Zentralverband der prolet. Freiebeiter Deutschlands, Ortsgruppe Danzig.**
- Am Freitag, den 17. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung und Sachabend im Gewerkschaftshaus, Bevelsternplatz, Saal 70. Der Vorsitzende.
- Touristenverein „Die Naturfreunde“.**
- Sonntag, den 19. März: Danau-Talferre. Treffen: 7 Uhr früh, Neugarter Tor. Führer: Arndt. — Abends 7 Uhr: In Sturpa un' Elz. (Stadtkino).
- Schwerathletik-Vereinigung Danzig 07, Abteilung Ohra.**
- Sonabend, den 19. März, im Lokale „Zur Ostbahn“ in D'ra Werbe-Sportfest. Anfang 11 Uhr.

Wahl der Danziger Gewerkschaften. Die Danziger Gewerkschaften haben am 14. März eine außerordentliche Versammlung abgehalten, um die Organisationsfrage zu diskutieren. Der Vorsitzende, Genosse Böcker, hat die Versammlung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Organisationsfrage geschlossen. Die Versammlung hat beschlossen, die Organisationsfrage zu diskutieren. Die Versammlung hat beschlossen, die Organisationsfrage zu diskutieren. Die Versammlung hat beschlossen, die Organisationsfrage zu diskutieren.

Sopot. Die Gründung einer Danzwaia-Gesellschaft. Die Gründung einer Danzwaia-Gesellschaft wurde gestern abend im Rathaus in einer Zusammenkunft interessierter Kreise beschlossen. Kurdtreflor Riesen teilte u. a. mit, daß der im Winter 1920/21 stattgefundene erste Karneval einen guten Erfolg hatte, dessen Ueberflüssigkeit dem hiesigen Wohlstandes aberwiesen wurde. In diesem Jahre hatten sich nur fünf Herzen zusammengefunden, die die nötigen Vorarbeiten leisteten. Eine Finanzierung der Veranstaltungen konnte naturgemäß von diesen fünf Personen nicht erwartet werden, und so sah man sich genötigt, die nötigen Mittel vom Kurhauspächter aufzubringen, der natürlich auch den erzielten Ueberflüssigkeit in seine Tasche steckte. Für die Zukunft könne nur ein großzügiger Karneval in Frage kommen, dazu gehöre auch ein großer Karnevalistischer Festzug. In erster Linie müsse das Interesse der Sopotter Bevölkerung dafür gewedit werden. Ein Grundkapital müsse angeammelt werden, aus dem die Ausgaben bestritten werden und dem die Einnahmen zuzuföhren sollen. In der Aussprache wurde betont, daß ein großer Karneval für den Winter 1922/23 angebracht wäre als Auftakt zu den Feiern anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr der Gründung des Bades Sopot. Alle Ueberflüssigkeiten sollen reiblos der hiesigen Wohlstandes zuzuföhren. Desentliche Mittel seitens der Stadt zur Finanzierung sollen nicht in Frage kommen. Es wurden sodann der Hauptauschuss und verschiedene Unterauschnisse gebildet.

Aus dem Osten.

Generalkstreik in Neu-Polen.

Posen, 16. März. Nachdem die Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern gescheitert sind, ist der Generalkstreik beschlossen worden und soll heute in Thorn, Bromberg und Posen beginnen. In Graudenz hat der Streik bereits gestern eingesetzt. Vormittags 10 1/2 Uhr traten dort alle Arbeiter einschließlich der Bediensteten der öffentlichen Einrichtungen in den Ausstand. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Die Intervention der Regierung hat lediglich den Erfolg gehabt, daß die Streikenden sich verpflichtet, den Streik nicht auf die lebenswichtigen Betriebe auszudehnen.

Stettin. Hilfstransport für Rußland. Mit dem Dampfer „National“ hat der vierte Hilfstransport des Berliner Auslandskomitees für die Hungernden in Rußland den Stettiner Hafen verlassen. Der diesmalige Transport ist der größte, der bisher einen europäischen Hafen für die Hungernden verlassen hat. Er umfaßt annähernd 900 Tonnen und enthält u. a. die volle Ausrüstung für ein Kinderheim im Hungergebiet, sowie Lebensmittel und Kleidungsstücke. Begleitet wird der Transport bis ins Mißerngebiet von zwei hiesig geprüften holländischen Krankenschwestern, drei deutschen und französischen Begeleiterinnen und Kolleginnen für das Kinderheim, außerdem von einem technischen Transportleiter. Dieser ist zugleich Vertrauensmann und Delegierter der Maschinenfabrik Sürth bei Köln, deren Arbeiterschaft eine Eismaschine gestiftet hat.

Rönigsberg. Zu dem Knabenmord in Spring. Wie mitgeteilt wird, hat sich auch die zweite Festnahme in der Hempelshen Mordsache, über die wir vor einigen Tagen berichteten, nicht aufrecht erhalten lassen. Der Festgenommene ist wieder aus der Haft entlassen worden.

Memel. Die „Memeler Volksstimme“ ist durch Verfügung des Oberkommissars verboten worden. Verlag und Redaktion erklären ausdrücklich, daß der Kampf gegen das memelländische Großlitauenertum und die sogenannte Wirtschaftspartei nicht die Ursache dieses Verbots ist. Der Grund des Verbots scheint in der fertig aus Berlin bezogenen illustrierten Beilage, die eine Karikatur Voicardes enthält, zu liegen.

Gewerkschaftliches.

- 14. Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands.**
- Am Sonntag, 9. Juli 1922, und den folgenden Tagen hält der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands in Frankfurt am Main im „Volksbildungshaus“ (Kaufmännischer Verein) seinen 14. ordentlichen Verbandstag ab.
- Die vorläufige Tagesordnung lautet:
1. Die Konstituierung des Verbandstages (Wahl des Bureau, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Geschäftsordnung).
 2. Berichtserstattung:
 - a) des Vorsitzenden;
 - b) des Kassierers;
 - c) des Ausschusses;
 - d) d. 3. Redakteurs.
 3. Berichtserstattung vom Gewerkschaftszentrum.
 4. Betriebs- und Industrieorganisation. Ref.: A. Brey.
 5. Statutenberatung.
 6. Allgemeine Anträge.
 7. Umänderung der Unfall- und Unterstützungskasse. Berichtserstatter: W. Reinmann.
 8. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.
- Die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag finden gemeinsam mit denen zum Gewerkschaftszentrum statt und zwar am Sonntag, 7. Juli, von 10 bis 1 Uhr.

Die Matzeier in Berlin. Die sozialistischen Parteien haben beschloßen, den 1. Mai in diesem Jahre durch Arbeitsruhe zu feiern. Der A.D.G.B. wird einen entsprechenden Kurzus erlassen.

Ein unverfälschter Tausendler.

Der polnische Student Kasimir Waszylinski aus Warschau kam nach Danzig und verließ sich auf zwei anderen unbekannt Personen in der Gasse ersten Tausendlerstraße. Vor einem Schaufenster nahm er einer Dame die Briefstasche mit 100 Mk. Inhalt fort. Die drei Personen kamen fort. Der Student wurde ergriffen, aber er besaß die Briefstasche nicht, da er sie wahrscheinlich einer anderen Person gereicht hatte. Die drei Personen trafen dann wieder in einem Bazaar zusammen, und der Angeklagte kaufte hier 10 Zigaretten. Während ein anderer eine Birne zur Taschentuchlampe ausfuchte, nahm der Angeklagte ein Pack mit 100 Zigaretten, und die drei Personen kehrten aber seinen Hut vergessen, und die drei Personen kehrten zurück. Der Kaufmann verlangte nun Bezahlung der Zigaretten, und der Student wollte einen polnischen Tausendmarktschein geben. Der Kaufmann erklärte, daß das Geld nicht ausreichte. Nun schlug der Student dem Kaufmann ins Gesicht, erschlug eine innere Schaufensterscheibe, zertrat die Zigaretten und wollte das Licht buntel machen. Als die Polizei hinauskam, wurde diese nicht beschimpft. Der Angeklagte gibt an, betrunken gewesen zu sein, was aber nicht aufzufassen ist. Das Schöffengericht hat den Studenten mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Der Amtsanwalt legte Verurteilung ein. Vor der Verurteilungstrafkammer beantragte der Staatsanwalt 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Gericht war aber der Auffassung, daß dies Verhalten eines Ausländers denn doch hier unverfälscht sei, daß die Strafe noch erheblich über bemessen werden muß. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte lebte hier auf Grund eines falschen Pases.

Stadttheater Danzig. In der heutigen Aufführung von Wagner's „Walküre“ gab Herr Theo Thement vom Stadttheater Königsberg auf Engagement.

Im Alkoholsank. Drei Arbeiter aus St. Albrecht hatten in einem Lokale in St. Albrecht geschickt und verweigerten die Bezahlung. Vom Wirt zur Rede gestellt, zertrümmerten sie Fensterscheiben und richteten den Wirt mit leeren Bierflaschen übel zu. Schusspolizei verhaftete die Uebeltäter.

Ueberrückiger Gewinn. Der Kaufmann Eduard Belrowicki verkaufte an einen Volkswachtmeister eine Schachtel Streichhölzer für 50 Pfg. Der Wachtmeister machte Anzeige wegen übermäßiger Preiserhöhung, und der Kaufmann fand vor dem Schöffengericht. Er gab an, daß er selber für die Schachtel 80 Pfg. bezahlt habe. Das Gericht hielt den Preis von 40 Pfg. für angemessen, so daß 10 Pfg. übermäßiger Gewinn bliebe. Das Urteil lautete auf 600 Mark Geldstrafe wegen Preistreiberei.

Sind die Seltnerbuden Schankstätten? Vor dem Schöffengericht wurde über die Frage verhandelt, ob die Seltnerbuden als Schankstätten angesehen sind und aus diesem Grunde am Sonntag abend Zigaretten verkaufen können oder nicht. An einer Seltnerbude wurden lebhaft Zigaretten verkauft, und zwar nicht nur einzeln zur sofortigen Benutzung, sondern bis zu 20 Stück. Von Seiten der Zigarettenhändler wurde Anzeige gemacht. Die Zigarettenhändler sind an dieser Zeit geschlossen. In Schankstätten dürfen Zigaretten und Zigaretten zum sofortigen Verbrauch an Gäste verkauft werden. Die Anlage steht nun auf dem Standpunkt, daß die Seltnerbuden keine Schankstätten sind und deshalb auch zu dieser Zeit keine Rauchwaren verkaufen dürfen. Aber auch wenn sie als Schankstätten angesehen werden sollten, dann dürften sie nur an Trinkgäste Zigaretten einzeln abgeben. Das Gericht war aber der Ansicht, daß die Seltnerbuden als Schankstätten angesehen sind und erkannte auf Freisprechung. Um die Frage zu klären, ist Berufung eingeleitet worden.

Chasman-Konzert. Das schon aus dem Lindenrestaurant bekannte Chasman-Orchester veranstaltete Mittwoch in der Aula der Realschule ein Konzert. Die aus acht russischen Musikern bestehende Kapelle erfüllte die hochgesteckten Erwartungen und hatte einen guten Erfolg. Es wurden ausnahmslos Werke von den bei uns sehr populären russischen Komponisten wie Tschaikowski, Borodin und Hochmaninow gespielt. Die Fantastien aus „Eugen Onegin“, „Eine Dame“ wurden wundervoll gemusiziert. Das Orchester steht zweifellos auf guter Höhe, und der Dirigent Chasman (Weiger) trat im Verein mit dem Cellospieler rühmlichst hervor. Das große Publikum sollte überaus reichen Beifall.

Sopotter Sportzeitung. In dem soeben erschienenen Märzheft kündigt sich der Frühling schon äußerlich an in der schlichten Umschlagzeichnung des Danziger Kunstmalers Manfred Steinert. Den eigentlichen Zerteil eröffnet eine ebenfalls von Manfred Steinert illustrierte Skizze „Zeglers erster Frühlingstag“. Darauf folgt ein Artikel, der sich mit dem Saisonbeginn des Rausensports beschäftigt. Im Mittelpunkt steht eine Abhandlung „Sport und Kunst“, in der H. Hellmuth Wesen, Zweck und Ziel der Danziger Tanzkultur ausführlich und anschaulich beleuchtet, wirkungsvoll unterstützt durch eine Reihe wohlgelegener Bilder. Neu erscheint in diesem Heft zum erstenmal die Rubrik „Kamera-Kunst“. Sie bringt neben einer Abhandlung von Armand Weich eine Anzahl prächtiger Winteraufnahmen. Der Unterhaltungsteil bringt eine Skizze aus der Feder des Danziger Dichters Willibald Omankowski. Ausgiebig ist auch die bildende Kunst zu Worte gekommen durch zwei Ehrenschnitte „Bachanten einst und jetzt“ von Elisabeth Thude und ein Gemälde von Professor Richard Pfeiffer, Königsberg. Februarblätter aus dem Theatermuseum und eine literarische Umschau beschließen das überaus reichhaltige und vielseitige Heft, das zum Preise von 8 Mk. durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag „Der Stern“, Danzig, Langenmarkt 15, direkt zu beziehen ist.

Lissa. Eine Versammlung der Gemeindeverordneten findet am Sonntag, den 18. März, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Lyzeums statt. Die Tagesordnung umfaßt 15 Punkte, u. a.: Die Zuteilung von verbleibenden Kartoffeln und von Brennmaterial an die Erwerbslosen. — Anfrage über den Eintrag von Ladbefähigten Gebäuden. — Beschlußfassung über ausnahmsweise Genehmigung eines Launeliches des Zimmermeisters Martin Haack. — Beschlußfassung über Schaffung einer Hofeinstellung. — Abänderung und einer Kapelle für die Parade auf dem Sporn am Scherweg und Bewilligung der Mittel von 600 Mark. — Befreiung der Mieten für das Sozialministerium. — Nachbewilligung von 9819,33 Mark Ueberbrückung bei dem Neubau des Kohlenchuppens auf dem Grundstüch bei Gasanrich. — Wahl des Erwerbslosenrates in den Ausschuss für Arbeiterbevölkerung.

Sopot. Parteiversammlung. Am Dienstag, den 14. März, hielt der Sozialdemokratische Verein in der

Danziger Nachrichten.

Die Aufbringung weiterer Mittel für den Wohnungsbau.

Geplante Erhöhung der Friedensmiete um weitere 200 Prozent. — Jährlich 1000 neue Wohnungen.

In einer Sitzung der Pressevertreter erläuterte Senator Dr. Beske das neue Bauprogramm. Das Instandsetzungsgesetz habe den Zweck, die notwendige Bewohnlichkeit der Häuser sicherzustellen. Im Reich hat man durch das Mietmietengesetz eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmieten beschlossen. Die Beträge kommen in einen Sammelfonds; für jedes Haus wird ein Konto angelegt, aus dem die großen Reparaturen bestritten werden. In Danzig sollen Maßnahmen durchgeführt werden, die verwaltungstechnisch einfacher sind. Mieterhöhungen werden von den Mietern unangenehm empfunden, diese müßten sich jedoch damit abfinden. Nur mit dem Wohnungswesen sei die Zwangswirtschaft noch aufrechterhalten. Durch ihre lange Dauer werde sie volkswirtschaftlich unerträglich. Die Spannung zwischen der künstlichen (zurück gezahlten) und der natürlichen (rentablen) Miete werde immer größer, denn die Baukosten werden von Tag zu Tag größer. Ein plötzlicher Zusammenbruch der Zwangswirtschaft werde die Mieten um das 15fache steigern. Die Spannung zwischen der künstlichen und natürlichen Miete müsse deshalb ausgeglichen werden, und zwar durch

Heranführung der Mieten.

Dadurch spare der Staat auch einen Teil der Baukostenzuschüsse, die heute schon 80 Prozent der Baukosten betragen. Auch würde dadurch eine Verzinsung schon gegebener Baukostenzuschüsse erreicht werden.

Senator Dr. Beske vertrat den Standpunkt, daß die Hausbesitzer einen Meinertraum ihrer Häuser in Papiermarkt beanspruchen können. Sie müßten den Inhabern von Wertpapieren gleichgestellt werden. Es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, dringende Reparaturen ausführen zu lassen. Eine wirtschaftliche Stärkung der Hausbesitzer sei auch aus nationalen Gründen notwendig, um den Häuserverkauf an Ausländer zu unterbinden.

Eine Erhöhung der Mieten sei deshalb nicht zu vermeiden. Fraglich sei nur das Maß und das Tempo der Steigerung. Das Reichsmietengesetz bringt eine Steigerung um 200 Prozent. In Danzig beträgt der Zuschlag zur Friedensmiete 100 Prozent (80 Prozent für den Hausbesitzer, 20 Prozent Wohnungsabgabe). Die Wohnungsabgabe ist in Danzig noch nicht erhoben worden, in den nächsten Tagen werden jedoch die Veranlagungen aufgestellt werden. Es sollen im Freistaat weiter 200 Prozent erhoben werden, so daß die

Friedensmiete auf das 4fache gesteigert

ist. Die aufkommenden Beträge sollen zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden. Von den in der letzten Stadtverordnetenversammlung bewilligten 100 Millionen Mark sind bereits 50 Millionen verbraucht worden, die restlichen 50 Millionen sind für den 1. Teil des Bauprogramms festgelegt. Es müssen

pro Jahr 1000 neue Wohnungen gebaut werden.

Im Frieden wurden jährlich etwa 350 Wohnungen gebaut. Es ist mit einem jährlichen Abgang von 50 Wohnungen wegen Baukäuflichkeit zu rechnen. Zur wirkungsvollen Bekämpfung der Wohnungsnot reichen die vorhandenen Mittel nicht aus. Deshalb soll der Wohnungsbaufonds aus den aufkommenden Mietsteigerungen gebildet werden. Zu erwägen sei, ob die Beträge selbst verbaut werden sollen oder zur Verzinsung von Anleihen dienen. Es würde jedoch schwer halten, Kredit in der erforderlichen Höhe zu erhalten. Von der neuen 200prozentigen Mieterhöhung sollen auch die Hausbesitzer einen Teil erhalten.

Senator Dr. Beske ist der Überzeugung, daß im Laufe der Zeit eine 7-8fache Steigerung der Mieten erfolgen muß. Die Auswirkung dieser Mieterhöhung von 200 Prozent seien nicht allzu schwer. Die Brotpreiserhöhung und die Völle hätten eine noch viel größere Belastung des Publikums bedeutet und wären auch ertragen worden. Durch eine Erhöhung der Stundenlöhne um 25 Pfg. lasse sich die neue Ausgabe wieder wett machen. Besonders schwer würden jedoch die Kleinrentner befallen, die heute oft noch aus der Friedenszeit eine größere Wohnung besitzen. Diese sollen durch die neue Mieterhöhung nicht getroffen werden.

Daß Senator Dr. Beske ernsthaft an die Bekämpfung der Wohnungsnot durch den Bau neuer Wohnungen herangeht, werden viele Kreise der Bevölkerung begrüßen. Die neue gewaltige Erhöhung der Mieten kann von den breiten Schichten der Bevölkerung angesichts der bereits jetzt stark herabgeschraubten Lebenshaltung unendlich getragen werden. Sie nicht alle anderen Quellen (Vermögenssteuer) erschöpft sind, kann unendlich an die Verwirklichung dieser Pläne herangegangen werden.

Eine Sitzung der Stadtverordneten

findet am Dienstag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a.: Wahlen von Bezirksvorstehern, Armen- und Waisenpflegern; Entlastung verschiedener Jahresrechnungen; Annahmen einer Erbschaft; Erhöhung der Straßenbahntarife, in Verbindung mit Anträgen von Stadtverordneten, betr. a) Inbetriebnahme der Straßenbahnlinie Danzig Hauptbahnhof—Werder Tor, b) der Straßenbahnstrecke Halbe Meer, Dpischstraße—Langfuhr; Satzung über die Erhöhung von Gemeindeforschüssen zur Zuwachssteuer; Austausch städtischen Geländes in den Feloufer Duellplätzen mit der Gemeinde Oliva; Erhöhung der Kanalgebühren; Ortsfassung der Berufsschule (Pflichtfortbildungsschule) für männliche Personen in Danzig; Gewährung eines weiteren Ausgleichszuschlages an die städtischen Beamten, Lehrpersonen und Angestellten und an die Beamten, Lehrpersonen und Angestellten im Ruhestande, sowie an die Witwen von Beamten, Lehrpersonen und Angestellten; Verpachtung der Fahren Polm—Holzraum und Polm—Broschischer Weg; Abänderung eines Vertrages mit der Landgemeinde Dhra bezüglich Gasabgabe; Gewährung: a) von Zuschüssen an das katholische Knabenwaisenhaus und das katholische Mädchenwaisenhaus, b) einer einmaligen Beihilfe zur Unterhaltung des Stützgebäudes; Ankauf eines größeren Postens Verbandskasse und ärztlicher Verfassungen für das städtische Krankenhaus; Erhöhung der städtischen Krängebühren im Kaiser-

Basen; Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung politischer Klassen und Schulen in den Vororten; Anträgen von Stadtverordneten, betr. a) eines Standesbeamten, b) des früheren Gouvernementsgartens auf Langgarten; Antrag von Stadtverordneten, betr. Entwürdigung der städtischen Wiesen.

Eine bedeutende Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise

Beauftragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung. Danach sollen auf allen Strecken die bisherigen 70- und 80-Pfennig-Fahrpreise auf 1,50 Mark, die von 1,80 Mark auf 2,50 und die von 1,40 und 1,80 auf 3 Mark erhöht werden. Die Fahrpreispreise für die Strecken Langfuhr—Brösen und Oliva—Blattau sollen eine Erhöhung von 80 Pfennig auf 1 Mark und ebenso die Aderkanten für alle Strecken von 60 Pfennig auf 1 Mark resp. von 70 Pfennig auf 1,50 Mark erfahren. Entsprechend dieser durchgängig 100prozentigen Erhöhung der Einzelfahrpreise sollen auch die Beitrittspreise verdoppelt werden.

Zur Begründung dieser Vorlage teilt der Senat mit, daß die Direktion der Danziger Elektrischen Straßenbahn, A.-G., eine Nachweisung eingereicht hat, wonach unter Beibehaltung der heutigen Tarife für das Jahr 1922 mit einem Jahresfehlbetrage von 12 044 126 Mark zu rechnen sei. Für die wiederholt vorgenommene Erhöhung der Löhne für das Betriebs- und Werkstättenpersonal sei ein Ausgleich durch Erhöhung der Tarife noch nicht geschaffen worden. Im übrigen seien die Betriebsunkosten gestiegen durch eine erhebliche Verteuerung der Kohle und der sonstigen Betriebsstoffe und ferner durch die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten. Der Verwaltungsausschuß habe die Eingabe und die Beschlüsse der Straßenbahn-Gesellschaft geprüft und befristete die Tarifierhöhung. Er habe sich bei dieser Stellungnahme im wesentlichen von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß der Betrieb der Straßenbahn als solcher sich selbst erhalten müsse und daß vermieden werden müsse, daß aus allgemeinen Mitteln Zuschüsse zum Straßenbahnbetrieb geleistet würden.

Gegen die private Vermittlung von Wohnungen

richtet sich folgende große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion:

Ist dem Senat bekannt, daß sich in der Stadt Danzig Privatgeschäfte mit der Vermittlung von Wohnungen durch Zuweisung und Tausch betreiben, und was gedenkt er zu tun, um die Tätigkeit des Wohnungsamtes vor Behinderung zu schützen?

Verst. Otto Beyer und die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.

Der heutigen Volksstagsitzung liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Fortsetzung der Beratung eines Umfang- und Luxussteuergesetzes. 2. Erste Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Abänderung der Verfassung. 3. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer. 4. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Erwerbslosenversicherung; 5. Anträge betr.: a) Einführung der Arbeitslosigkeit.

Das städtische Gas-Monopol in Dhra.

Der zwischen der Landgemeinde Dhra und der Stadtgemeinde Danzig vom 23. September 1904 bestehende Vertrag soll dahin abgeändert werden, daß die Stadt Danzig auf ihr Monopol bezüglich der Gasabgabe in Dhra gegen eine einmalige, sofort zahlbare Entschädigung von 70 000 Mark verzichtet. Nach dem Vertrag hat die Landgemeinde Dhra der Stadtgemeinde Danzig auf die Dauer von zunächst 25 Jahren das ausschließliche Recht eingeräumt, in den öffentlichen Wegen, Straßen oder Straßenstrecken der Gemeinde Dhra Rohre und Anschlußleitungen zur Abgabe von Gas zur Licht-, Kraft- oder Wärmezeugung zu verlegen. Dhra hat ferner für die angegebene Zeit darauf verzichtet, die Wege, Straßen oder Straßenstrecken, in welche Gasrohre von der Stadtgemeinde Danzig verlegt sind, ihrerseits zur Abgabe von Licht, Kraft oder Wärme zu benutzen oder andern zur Benutzung zu gestatten. Im Jahre 1918 sind nun im Gegensatz zu den vertraglichen Abmachungen in verschiedenen Straßen Dhras, in denen städtische Gasleitung verlegt war, Leitungsmasten und Lichtleitungen der Ueberlandzentrale Straßschin—Prangschin errichtet und elektrische Arbeit in den von Danzig mit Gas versorgten Straßen abgegeben worden. Daraufhin hat die Stadtgemeinde Danzig die Gemeinde Dhra verklagt und im Verwaltungsstreitverfahren ein obliegendes Urteil des Inhalts erstritten, daß ihr das Recht, die Entfernung der Masten und Lichtleitungen zu verlangen, zugesprochen wurde. Mit Rücksicht auf die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse hat die Stadtgemeinde Danzig von diesem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht. In letzter Zeit ist nun die Gemeinde Dhra wiederholt an die Stadt Danzig mit dem Ersuchen herangetreten, im Wege einer gütlichen Uebereinkunft einmal davon Abstand zu nehmen, auf dem Recht der Entfernung der Masten und Lichtleitungen zu bestehen, sodann zu gestatten, daß der Einführung elektrischer Arbeit — insbesondere auch zur Straßenbeleuchtung — in der Gemeinde Dhra in Zukunft Schwierigkeiten nicht in den Weg gelegt werden. Gegen Zahlung der einmaligen Entschädigung von 70 000 Mt. soll dem Verlangen Dhras Rechnung getragen werden.

Vermißte Personen. Nach Mitteilung des hiesigen dänischen Generalkonsulats, ist der Radiotelegraphist Niels T. Grave von Dampfer „Felonia“, geb. am 10. August 1893, zu Kopenhagen, während der Laufenthalts des Schiffes hier in Danzig, verschwunden. Der Betreffende, der im Paß von mittlerer Größe und Statur, mit blondem Haar und blauen Augen bezeichnet ist, hat außer anderen Dokumenten seinen Paß auf dem Dampfer zurückgelassen und hat vermutlich die Grenzen des Freistaates nicht überschreiten können.

Polizeibericht vom 17. März 1922. Gehtgenommen: 7 Personen, darunter 1 wegen Kontenbuchs, 2 wegen Vergehens gegen § 181 a des StGB., 1 wegen Bettelns und 3 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 kleine braune Geldtasche mit Geld, 1 Paar Herrengummihüfte, 1 Kanarienschlüssel, 1 Uhrgehänge bestehend aus Goldband, Gold und Stahl, abgehoben aus dem Hundebureau des Polizeipräsidiums. 1 Schwarzbrauner Wolfspilz mit Marke 1800/21, abgehoben von Invaliden Herrn Otto Siebert, Mammbau 20, 1. 1 Henne, abgehoben von Herrn Vaukersekretär Stoll, Weinbergstraße 4. — Verloren: 1 schwarze Handtasche mit 1500 Mark Kleingeld und Rechnung von Maria Zoch, 1 schwarze Brieftasche mit circa 200 Mt. deutschem und 1000 Mt. polnischem Gelde und Paß für Oskar Hönelt aus Drie, abgehoben im Hundebureau des Polizeipräsidiums.

Letzte Nachrichten.

Die neuen Erhöhung der Eisenbahntarife.

Der Reichsverkehrsminister hat den Regierungen der Länder und den Mitgliedern des vorläufigen Reichseisenbahnrats mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die starke Erhöhung der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April dieses Jahres eine Tarifierhöhung nötig sei. Die sachlichen Mehrkosten, die der Reichsbahn durch die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 14½ Milliarden zu beziffern. Die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Lohnerhöhungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der Reichsbahn um 8,5 Milliarden bringen, so daß eine Gesamtmehrbelastung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt von 23 Milliarden eintritt. Damit steigen die Ausgaben des ordentlichen Haushalts von 73,8 auf rund 87 Milliarden Mark oder um rund 81 Prozent. Bei der Ausgleichung dieses Fehlbetrages seien die Personen- und Gepäcktarife gespart worden, deshalb sei es erforderlich, die Güter- und Tiertarife entsprechend stärker heranzuziehen. Die seit dem 1. März gültigen Güter- und Tiertarife sollen vom 1. April dieses Jahres ab unter Zugrundelegung der Tarife vom 1. Februar um rund 40 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Frachten zum Eilgut hat auch eine entsprechende Steigerung der Expressfrachten zur Folge, jedoch wird von einer Erhöhung der Mindestfrachten für Expressstücke abgesehen. Eine Erhöhung der Personentarife ist nicht in Aussicht genommen.

Polen und die deutschen Arbeiter.

Der „Vorwärts“ schreibt: Während des Abstimmungskampfes wurden die deutschen Arbeiter in Oberschlesien von polnischer Seite als Eindringlinge bezeichnet, die kein Recht hätten, Oberschlesien als ihr Land zu betrachten. Die polnische Regierung ließ die Nachricht verbreiten, sie sei darauf vorbereitet, nach Uebernahme des Polen zugesprochenen Teils die deutschen Qualitätsarbeiter durch Polen zu ersetzen. Eine Anzahl Industrieller in Polnisch-Oberschlesien hat sich nunmehr entschlossen, für die dort verbleibenden deutschen Ingenieure und Qualitätsarbeiter Treuezulagen auszuwerfen, um eine Abwanderung dieses Teils der Arbeiterschaft zu verhindern. Es zeigt sich also, daß die deutsche Arbeiterschaft in Polnisch-Oberschlesien unentbehrlich ist. Um so berechtigter ist es, wenn sie einen weitgehenden Schutz ihrer Interessen und ihrer persönlichen Freiheit fordert. Auch die polnische Regierung wird einsehen müssen, daß es eine verheerende Politik wäre, den hochwertigen Arbeiter Oberschlesiens in seiner Entfaltung zu behindern, anstatt ihn als Kulturbringer zu begrüßen.

Standesamt vom 17. März 1922.

Todesfälle: Wirtschaftlerin Mathilde Kuschel, 57 J. 2 M. — Invalide Ferdinand Hommel, 59 J. 10 M. — Frau Maria Schulz geb. Pohl, 45 J. — Ueberfeuerwehrmann a. D. Friedrich Ehrst 53 J. — Werkführer Johannes Koglin, 59 J. 11 M. — Ww. Henriette Parllsch geb. Krichahn, 75 J. 10 M. — Kaufmann Pohlmann geb. Panter, 48 J. 8 M. — E. d. Invaliden Kasillus Poppe, 2 J. 8 M. —

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: 6,82½—87½ am Vortage 6,30
Amer. Dollar: 275 " " 270
Englisches Pfund: 1190—1200 " " 1170

BOEG



für QUALITÄT RAUCHER

Waherhandelsnachrichten am 17. März 1922.

Zwichel	14. 3. 15. 3.	Kurzbrack	+ 4,21 + 4,06
Warshaw	+ 2,36 + 2,23	Montaerpsibe	+ 4,23 + 4,16
Ploch	15. 3. 16. 3.	Piechel	+ 4,51 + 4,44
Thorn	+ 2,87 + 2,73	Dirschau	+ 4,69 + 4,56
Jordon	14. 3. 15. 3.	Einslage	+ 3,48 + 3,58
Udm	+ 2,76 + -	Schiwenhorst	+ 3,16 + 2,34
Uraubenz	16. 3. 17. 3.	Rogal	
	+ 3,65 + 3,60	Schönau D. P.	+ 6,66 + 6,76
	+ 3,58 + 3,50	Galgenberg D. P.	+ 4,68 + 4,68
	+ 3,54 + 3,44	Neuhorsterbusch	+ 2,18 + 2,08
	+ 3,75 + 3,62	Plawitz	+ 1,10 + 1,44

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gschl & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Durch Gesetz vom 7. 3. 22 über Versicherungsrecht usw. in der Krankenversicherung ist die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht der in § 166 Abs. 2-3 u. 7 A.B.D. bezeichneten Personen mit Wirkung vom 10. 3. 22 an von 15 000 Mk. auf 40 000 Mk. festgesetzt worden. Die Zeit zur Meldung derjenigen Beschäftigten, welche nach diesem Gesetz der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, erstreckt sich bis zum 23. 3. 22.

Wir ersuchen daher die Arbeitgeber, diejenigen Beschäftigten (auch solche, die Mitglied einer Unfallkasse sind), die bisher infolge Lebensversicherungspflichtigen Einkommensgrenze von 15 000 Mk. nicht mehr versicherungspflichtig waren, jetzt aber versicherungspflichtig geworden sind, bis zum 23. 3. 22 in unserem Kassenlokal in Ossa oder bei den Meldeämtern in Odra, Drauß, Smaus, Sobieszyn, Sobowith, Söbian und Klauen zu melden.

Gleichzeitig hat der Vorstand auf Grund des § 9 des Gesetzes mit Wirkung vom 1. 4. 22 an den Grundlohn bis 60 Mk. erhöht. Diese Erhöhung des Grundlohnes bedingt eine Änderung der Lohnstufen. Um die Versicherer am 1. 4. 22 in die richtigen Lohnstufen einreihen zu können, bitten wir die Arbeitgeber, uns den am 1. 4. 22 zu zahlenden Lohn usw. schriftlich mitzutellen bis 5. 4. 22. Ueberprüfen über die vom 1. 4. 22 an zu zahlenden Beiträge können ab 22. 3. 22 in unserem Geschäftslokal, sowie auf den Meldestellen kostenlos in Empfang genommen werden. (6298)

Der Vorstand

Der Ämgen. Ortskrankenkasse Danziger Höhe.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Freitag, den 17. März, abends 8 Uhr

Dauerkarten A 1.

Die Walküre

Handlung in drei Aufzügen von Richard Wagner. In Szene gesetzt von Dir. Rudolf Schaper. Musikal. Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Neu einstudiert. Mutter Erde. Drama in 5 Akten von Tag Halbe.

Sonntag, arnntags 11 Uhr. Vortrag Hermann Metz, Rabindranath Tagore als Dichter und Mensch. (Zur Aufführung seines Bühnenspiels „Das Postamt“ im Stadttheater.)

Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Ermäßigte Preise. Zum letzten Male. Die Ballerina des Königs. Lustspiel.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert. Margarethe. Große Oper in 5 Akten von Gounod.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Freitag, den 17. März

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr

„Walzertraum“

Operette in drei Akten von Oskar Straus.

Sonntag, den 19. März,

„Walzertraum“.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Freie Volkstheater

Danziger Hoftheater (Werkspreißehaus). Am Freitag, den 17. März, Serie B. Mittwoch, den 22. März, Serie C.

Maria Magdalena

Drama in 3 Aufzügen von Friedrich Hebbel. Spielleitung: Karl Allwer. Seeleröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang pünktlich 7 Uhr. Einlass nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

Mit immer steigender Spannung wird jeder weitere Teil erwartet! Die IV. Abteilung bringt neue unerhörte waghalsige Leistungen

Eddie Polos in seinem original-amerikanischen Sensations-Film größten Stils: **Der geheimnisvolle Dolch!!**

Inhalt der 10.-12. Episode — 6 Akte: Wann London schläft Eine Jagd nach Schottland Ein teuflischer Plan

Der Film ist eine Jagd um den Erdball, er spielt in England, Schottland, Afrika, Californien, New-York und im Gr. Ozean.

Eine gefährliche Fahrt

Sensations-Schauspiel in 5 Akten

Wie werde ich energisch

Lustspiel in 2 Akten mit Hansi Dage und Gerhard Dammann Kommen Sie bitte am 4 Uhr, später ist der Andrang sehr groß.

6291



Vom 17. bis 23. März

Schuld und Sühne

Drama in 5 Akten. In den Hauptrollen: Mabel May-Yong u. Charlotte Rander Theodor Loos.

Das Gesetz der Sioux

Erlebnisse eines jungen Mädchens aus guter Gesellschaft. 5 Akte.

In der Hauptrolle: Enid Markey.

Außerdem **Charlie Chaplin** in der 2. Akter-Groteske

Chaplin im Warenhaus

Vorführung 4-6-8 Uhr. (6287)

KASINO ZOPPOT

4. Gesellschafts-Tee
Freitag, den 17. März 1922
Beginn des Tanzes 8 Uhr, der Vorträge 1/2 7 Uhr.

Das Programm ist wieder erstklassig u. künstlerisch

1. Fri. Erna Maria Brincken, Vortragskünstlerin
2. Fri. Ursula Bogdanski, Pianistin
3. S. u. W. Roberts, Akrobaten in höchster Vollendung. Danziger Hof, Künstlerspiele
4. Fri. Schipath, Konzertsängerin
5. Fri. Adeline Lareine, kabarettistische Vorträge
6. **Max Marzelli** der Urkomische aus Berlin, z. Zt. Danziger Hof, Künstlerspiele

7. Gastspiel der bekannten Filmdarstellerin **ENID HOLGERS** in:

Frau Casanova
Eine Humoreske von Willy Lössel

Personen: Robert, Maler Ebert-Grassow
l'Ange, Diener Willy Lössel
Henry, Roberts Freund Curt Schön
Herr Duval V. de Valco
Frau Duval Enid Holgers

Regie: V. de Valco

Kapelle Eichhorn

Eintrittspreis 15 Mark, für Inhaber von Kasinokarten frei.

Gedania-Theater
Schüsselndamm 53/55 (6294)

Ab heute bis einschließlich Donnerstag! Die Erstaufführung des großen amerikanischen Zirkus-Sensations-Films

Der Zirkuskönig
in 6 Episoden . . . 36 Akten.

I. Episode: **„Die brennende Quelle“**
In 6 großen Akten. In der Hauptrolle: **Eddie Polo**

Der unerreichbar dastehende berühmte amerikanische Sensations-Schauspieler, der sich bereits in den Filmen „Mit Büchse und Lasso“ sowie „Der geheimnisvolle Dolch“ dem Danziger Publikum bestens vorgestellt hat.

„Nat Pinkerton im Kampf“
Das Ende des Artisten Luigi Bertolini Detektiv-Film in 5 Akten.

Nobody: „Der Herr der Unterwelt“

Ueber proletarische Ethik
Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie. Preis Mark 3.-
Buchhandlung „Volkswacht“
Spendhaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 32.

Volkspflege
Gewerkschafts-Berufsgenossenschaftliche Versicherungs-Vereinigung
Rein Poltenverfall.
Günstige Tarife für Schwedens und Amders. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse Otto Stede, Neugarten 11, 1

Haare
kauft zu höchstem Preis Robert Kleefeld, Haarhandl., Breitgasse 8. 6217

Ordentliche Frau
bittet um **Wäschstelle.**
Spendhausneugasse 8, pt.
Sohn achtbarer Eltern, der Lust hat das Schneiderhandwerk zu erlernen, kann sich melden. Off. u. Nr. 158 an die Exped. d. Zig.

Hüte
für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit **umgepreßt, gewaschen und gefärbt.**
Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (618)

Brennholz
absolut trocken, Verkauf im Proviantamtshuppen, Hauptstraße 70. Georg Apreck. (6184)

Postkarte genügt mit Angabe des Fabrikats und Schiffwens. **Kaufe jede Nähmaschine**
Fenselau & Co., Peterstrassengasse 9. (619)

Ausführung sämtlicher **Druck-Aufträge** für den Geschäfts- und Familienbedarf **Massenauflagen** in kürzester Frist

Stimme
Organ der werktätigen Bevölkerung
Danziger Volksstimme
Hauptstraße: Am Spandhaus 6. Tel. 3290.

Reichste Auswahl in **Gewerkschafts- und Parteiliteratur**
Jugendschriften
Unterhaltungsliteratur
Nicht Vorhandenes wird umgehend besorgt durch unsere **Buchhandlungen**
Am Spandhaus Nr. 6 — Paradiesgasse Nr. 32